

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

September 1923

Samstag Nr. 23

Dienstag den 23. Oktober 1923

Bedruckt in der Zeitung im Oberamtsbezirk Nagold

Telegraphische Adressen: Nagold, Stuttgart 6113

Postfachnummer: Stuttgart 6113

Nr. 248

Dienstag den 23. Oktober 1923

97. Jahrgang

Abbau der Beamtenzahl

Auscheiden von zunächst 25 Prozent der Reichsbeamten

Das Reichsfinanzministerium hat dem Kabinett den Entwurf einer Verordnung über die Verminderung des Beamtenbestands vorgelegt. Danach soll in Abänderung des Reichsbeamtengesetzes die Verlegung eines Beamten in ein anderes Amt derselben oder einer gleichartigen Laufbahn auch dann erfolgen können, wenn dieses Amt einen geringeren Rang oder ein geringeres planmäßiges Einkommen hat. Durch Verlegung des Reichspräsidenten sollen gewisse Reichsbeamte wie Staatssekretäre, Ministerialdirektoren bei den obersten Reichsbehörden, Reichskommissare, Gesandte usw. jederzeit in einwilligen Ruhestand versetzt werden können. Das Wartegeld wird auf 80 Prozent des ruhegeldfähigen Dienstverdienstes festgesetzt.

Mitglieder der Reichsregierung wird zur fünfjährigen Dienstzeit und die Zeit angerechnet, in der sie Mitglieder waren. Unterbrechungen werden nicht angerechnet. Der Reichszustler und die Minister können jederzeit ihre Entlassung erhalten und fordern. Sie erhalten dann ihre Bezüge noch einen Monat lang. Von da an erhalten sie, sofern sie vor ihrer ordnungsmäßigen Ernennung zu niedrigeren Beamten waren, den höchsten des Wartegelds, es sei denn, daß sie in eine hohe aktive Dienststelle zurücktreten. Minister, die nicht Beamte waren, erhalten kein Ruhegeld. Wenn sie vier Monate im Amt, so erhalten sie ein Übergangsgeld.

Die Reichsbeamten treten mit Ablauf des Monats in den Ruhestand, in dem sie das 65. Lebensjahr vollendet haben. Bei den Mitgliedern des Reichsgerichts, des Finanzhofs und des Rechnungshofs tritt an die Stelle des 65. bis 68. Lebensjahr. Reichsbeamte, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und eine ruhegeldfähige Dienstzeit von wenigstens zehn Jahren zurückgelegt haben, können ohne Rücksicht auf die Dienstunfähigkeit unter Zustimmung des gesetzlichen Ruhestandsgehalts in den Ruhestand versetzt werden.

Lebenslänglich angestellte Reichsbeamte können unter Zustimmung des gesetzlichen Ruhegelds einwillig in den Ruhestand versetzt werden. Das gleiche gilt für nicht lebenslänglich angestellte Beamte außerplanmäßige und im Vorbereitungsdienst befindliche Beamte können ohne Gewährung von Wartegeld entlassen werden.

Von der Gesamtzahl der am 1. Oktober 1923 im Dienst befindlichen planmäßigen oder außerplanmäßigen Reichsbeamten haben mindestens 25 Prozent auszuschneiden, und zwar 5 Prozent der Gesamtzahl vor dem 1. Februar 1924, 5 Prozent vor dem 1. März 1924 und 5 Prozent vor dem 1. April 1924. Der Zeitpunkt, bis zu dem der meiste Abbau zu erfolgen hat, wird von der Reichsregierung bestimmt. Die durch das Ausschneiden freierwerdenden Stellen dürfen nicht wieder besetzt werden.

Aufwertung der Geldstrafen

Zum dritten Mal seit Kriegsende sind die gerichtlichen Geldstrafen und Bußen in dem kürzlich vom Reichstag verabschiedeten Gesetz der Geldwertung angepaßt worden. Der Höchstbetrag ist jetzt auf 10 Billionen Mark festgesetzt. Artikel 4 des Gesetzes bestimmt ferner, daß der als Strafe oder Buße zu zahlende Betrag steigt oder fällt, wenn nach der Beurteilung der Geldwert sich ändert. Maßgebend ist die vom Reichsamt veröffentlichte Reichsrichtzahl der Lebenshaltungskosten in der Kolonnenwoche, die der jeweiligen Zahlung oder Beitreibung vorausgeht. Berufungen, Zahlungsverzug, Teilzahlungen können also nicht mehr die Folge haben, daß sich die vom Gericht festgesetzte Strafe in ein Nichts verflüchtigt.

Das gilt auch für Strafen und Bußen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, 20. Oktober 1923, festgesetzt worden sind, aber nur, soweit sie nicht spätestens binnen zwei Wochen nach dem 20. Oktober bezahlt sind. Es bietet sich also für viele eine Gelegenheit, Geldstrafen mit verhältnismäßig kleinen Papierbeträgen abzustoßen. Die neuen Strafmaßnahmen gelten auch für Taten, die vor Inkrafttreten des Gesetzes begangen worden sind.

Von Bedeutung ist ferner, daß die Reichsregierung die Geldstrafen und Bußen auch anders festsetzen, sie namentlich wertbeständig machen kann.

Das neue Strafnehmen erreicht denjenigen vor dem Krieg bei weitem nicht. Vor dem Krieg konnte z. B. ein Kraftfahrer, der zu schnell fuhr, bis zu 150 Mark Strafe bekommen. Ein Zeuge, der einer Ladung vor Gericht keine Folge leistete, war mit Ordnungstrafe bis zu 300 Mark bedroht. Bei Verurteilungen und Körperverletzungen konnte Buße bis zu 6000 Mark zugesprochen werden. Jetzt sind die Höchstbeträge für diese Fälle 10 Milliarden und 100 Milliarden, machen also nach dem jetzigen Kurs nur einen Bruchteil des früheren Werts aus. Zu gleichwertigen Strafen

fern wird man erst kommen, wenn Strafen und Bußen im Goldmarkt festgesetzt werden; die Reichsverordnung vom 26. September 1923 hat damit einen Anfang gemacht.

Der Streit Bayern—Berlin vor der Entscheidung

Aufruf der bayerischen Regierung an die Bayern

München, 22. Okt. Das bayerische Gesamtministerium hat am Samstag an das bayerische Volk nachstehenden Aufruf erlassen:

Reichswehrminister Dr. Gessler hat als Inhaber der vollziehenden Gewalt für Bayern zwar einen militärischen Befehlshaber, aber keinen Zivilkommissar ernannt. Darnach hat er das bereits vorher bestellte Generalkommissariat für Bayern anerkannt. Gleichwohl hat der Reichswehrminister den General v. Lossow in einer Angelegenheit, die zur Zuständigkeit des bayerischen Generalkommissars gehört, einen Befehl erteilt und hierdurch in die Polizeigewalt Bayerns eingegriffen. General v. Lossow hat sich in der gegebenen schwierigen Lage in loyalster Weise mit der bayerischen Regierung in Verbindung gesetzt, die ihrerseits die weitere Behandlung der Angelegenheit nach der politischen Seite für geboten erachtete und die Reichsregierung nachdrücklich auf die schweren Folgen einer etwaigen Rohregulierung des Generals v. Lossow hinwies. Gleichwohl hat der Reichswehrminister die Angelegenheit rein militärisch betrachtet und General v. Lossow seines Dienstes enthoben. Die bayerische Staatsregierung konnte diese Maßnahme unmöglich hinhaken und hat daher im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich den bayerischen Teil der Reichswehr ihrerseits als Treuhänderin des deutschen Volks in Pflicht genommen, den General v. Lossow als bayerischen Landeskommandanten eingesetzt und mit der Weiterführung der bayerischen Division beauftragt.

Aufruf der Reichsregierung

Auf den Schritt der bayerischen Regierung hin hat die Reichsregierung folgenden Aufruf erlassen:

An dem Tag, an dem die deutschen Vertreter im Ausland den sämtlichen Mächten eine Erklärung über die außenpolitische Lage abgaben, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die durch Frankreichs Verhalten geschaffene unerträgliche Not in Rheinland und im Ruhrgebiet zu lenken, und in der die Zusammenfassung aller Kräfte mehr als je notwendig ist, um gegenüber dem äußeren Gegner fest zu bestehen, hat es die bayerische Staatsregierung für richtig erachtet, einen offenen Verfassungsverstoß und innere Kämpfe im Reich herbeizuführen. Der Ausgangspunkt dieser Kämpfe war die Entscheidung darüber, ob die militärische Disziplin, auf der jede Armee aufgebaut sein muß, auch im heutigen Deutschland Geltung haben soll oder nicht. Der Chef der Heeresleitung konnte nicht dulden, daß klare Befehle, die von ihm gegeben waren, von einem Untergebenen aus politischen Gründen mißachtet wurden. Ein Heer, in dem die Ausführung eines Befehls abhängig gemacht wird von politischen Erwägungen, ist kein Instrument zur Aufrechterhaltung der Macht eines Staats noch außen und innen. Mit dem von dem Generalkommissar v. Kahr in die Öffentlichkeit gemauerten Gedanken des Kampfes gegen den Marxismus hat die in Rede stehende Frage gar nichts zu tun. Mit Entschiedenheit und Entzweiung weist die Reichsregierung den Versuch des Generalkommissars zurück, die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung als den Kampf einer nationalen und christlichen Weltanschauung gegen eine marxistisch-internationale Einstellung hinzustellen. Es ist unerhört, wenn in der Welt, in der die Reichsregierung die Kräfte des ganzen Volks braucht zur Erhaltung des Deutschlands gegen den Vernichtungswillen moßgebender französischer Kreise, der Generalkommissar glaubt, die Brandfackel der Zwietracht in das deutsche Volk dadurch hineinwerfen zu können, daß er davon spricht, es handle sich um das letzte Ende, das Frage: hier Deutsch oder Nichtdeutsch. Im Kampf um die Erhaltung der Reichseinheit fordern wir alle Deutsche auf, den Erregern der Zwietracht entgegenzutreten im Kampf für das Einzige, was uns gegenüber der uns angebrohten Vernichtung des deutschen Volkes geblieben ist, für das Deutsche Reich und für die deutsche Einheit.

München, 22. Okt. Generalkommissar v. Kahr empfing Vertreter der Presse und erklärte ihnen, das Vorgehen der Berliner Reichsregierung sei geradezu unerhört, daß man sich als Deutscher schämen müsse. Der bayerischen Regierung sei nichts anderes übrig geblieben, als Lossow ganz auf Bayern zu übernehmen und die bayerische Reichswehr auf den bayerischen Staat zu vereidigen. Die Schuld an den bedauerlichen Vorgängen haben Berlin und diejenigen, die mit dem Feuer spielten. Bayern fühle sich als Streiter für den großen deutschen Gedanken; die Reichsregierung sei vollständig von der marxistischen Sozialdemokratie beeinflusst.

Trotz aller Verleumdungen werde die bayerische Regierung das wahrhaft Echte und Deutsche vertreten.

Nürnberg, 22. Okt. Die Staatspolizei Nürnberg-Fürth hat die Bekanntmachung der Rundgebung der Heeresleitung an die Reichswehr verboten.

Die bayerische Reichswehr ist am Montag morgen auf die bayerische Regierung vereidigt worden.

In einer abgelegenen Wirtschaft im Westen Münchens wurden in der Nacht zum Sonntag 32 Kommunisten verhaftet, die den Generalkommissar vorbereiteten. Ein großes Schriftmaterial, ausländisches Geld und Sprengstoff wurden beschlagnahmt.

Staatspräsident Dr. Hiebert hat anlässlich des Streitsfalls zwischen dem Reich und Bayern namens des würt. Staatsministeriums beim Reichskanzler die sofortige Einberufung des Reichsrats beantragt.

Am Montag fand in Stuttgart eine Besprechung zwischen Dr. Hiebert, dem badischen Staatspräsidenten Kemmle und dem hessischen Ministerpräsidenten Ulrich statt.

Die Darstellung der bayerischen Regierung

München, 22. Okt. In einer Rundgebung stellt die bayerische Staatsregierung fest: Durch die Verhängung des Ausnahmezustands im Reich wurde für Bayern der Zustand geschaffen, daß die bayerische Regierung den Herrn v. Kahr, die Reichsregierung den General v. Lossow mit der vollziehenden Gewalt betraut hatte. Durch diesen Schritt, der ohne vorherige Verständigung mit Bayern von Berlin unternommen wurde, war die Gefahr schwerer Meinungsverschiedenheiten gegeben. Der Reichswehrminister gab zunächst dem bayerischen Gesandten v. Preger die Erklärung ab, man werde zunächst von der Ausgabe bestimmter Befehle an den Wehrkreisbefehlshaber v. Lossow absehen; die beiden Stellen würden ganz gut nebeneinander bestehen können. Aber alsbald wurden von Berlin aus Versuche gemacht, auf General Lossow einzuwirken, daß er sich als alleinigen Inhaber der vollziehenden Gewalt betrachte, dem Herr v. Kahr unterstellt sei. Der General wies diesen Versuchen gegenüber darauf hin, daß der bayerische Generalkommissar schon vor ihm (Lossow) ernannt worden sei, die Regierung müsse also den beiderseitigen Regierungen vorbehalten bleiben.

Der Reichswehrminister hat dann den „Böttischen Beobachter“ in München verboten wegen eines Artikels über gewisse Familienbeziehungen des Generals v. Seekt und die Ausführung des Befehls dem General v. Lossow übertragen. Dieser gab das Befehl an den Generalkommissar weiter. Herr v. Kahr erklärte, er könne dem Ansuchen nicht stattgeben, da es darauf ankomme, alle nationalen Kräfte zusammenzufassen. Durch einen dritten Fernspruch aus Berlin wurde die Anwendung von Waffengewalt gegen das Reich befohlen. Auch dies lehnte der Generalkommissar ab, indem er gegenüber dem Reichswehrminister Einspruch erhob. General v. Lossow erklärte den Berliner Befehl für unausführbar und sandte einen ausführlichen Bericht nach Berlin. Die Antwort war eine Verfügung des General v. Seekt vom 9. Oktober, die dem General v. Lossow „Berufung gegen die militärische Unterordnung und bewußten Ungehorsam“ zum Vorwurf machte. General v. Lossow gab dem Ministerpräsidenten v. Knilling davon Kenntnis und erklärte, er werde seinen Augenblick zögern, seinen Abschied einzureichen, wenn dies dem Wohl des Vaterlands dienlich sei. Von diesem Schritt setzte er Seekt in Kenntnis mit der Mitteilung, Knilling habe ihn (Lossow) gebeten, von weiteren Schritten Abstand zu nehmen, da die Angelegenheit rein politisch sei und zwischen München und Berlin ausgetragen werden müsse. Ebenso wurde an den Reichskanzler berichtet. Nach einer Besprechung mit Generalmajor Kreh v. Kressenstein, der von Berlin als vorläufiger Nachfolger Lossows bestellt wurde, begab Lossow sich wieder zu Knilling und Kahr; es wurde entschieden, daß Lossow nicht zurücktreten sollte, da seine Person mit dem Münchner-Berliner Streitsfall nichts zu tun habe.

Amlich wird weiter bekanntgegeben, daß die Anordnung des bayerischen Gesamtministeriums vom 21. Oktober, durch welche die Berliner Dienstenthebung des Generals v. Lossow außer Wirksamkeit gesetzt wurde, sich auf Artikel 48 Abs. 4 der Reichsverfassung stütze und keinen „Bruch der Verfassung“ bedeute, vielmehr mit der Verfassung im Einklang stehe. Die Ernennung eines Nachfolgers v. Lossows durch die Reichsregierung sei unmöglich, weil die bayerische Regierung die erforderliche Zustimmung unter keinen Umständen erteilen wird.

Ausrufung der Rheinischen Republik!

Unter dem Schutz der feindlichen Waffen ist der vorberestete Streich der Sonderbündler am Sonntag in Aachen ausgeführt worden. Die Franzosen und Belgier hätten Sonderzüge unentgeltlich nach Velleben zur Verfügung gestellt. In Aachen sorgten die belgischen Truppen und



Wendarmen für die „Aufrechterhaltung der Ordnung“, damit die Hochverräter nicht noch einmal Erfahrungen machen müssen wie am 30. September in Düsseldorf. Die Veranstaltung „klappte“ diesmal so ziemlich. Von deutscher Seite wurde kein Widerstand gemacht. Die Stimmung im besetzten Gebiet ist die: Das Reich und die Reichsregierung sind machtlos, der Widerstand ist aufgegeben und alle weiteren Bemühungen sind nutzlos. Vom Reich haben wir nichts mehr zu hoffen. Ruhr- und Rheinland sind vorläufig verloren; unter welcher Form, ist zunächst gleichgültig. Warten wir auf spätere bessere Zeiten. So erklärt es sich, daß eine Handvoll Sonderbündler eine ganze Reihe von Städten überrumpeln und besetzen konnten.

Ueber den jämmerlichen Vorgang wird gemeldet:
Aachen, 22. Okt. Am Sonntag morgen 4 Uhr hat ein Haufen Sonderbündler hier die „Rheinische Republik“ ausgerufen. Die öffentlichen Gebäude wurden besetzt und die grün-weiß-rote Fahne auf dem Rathaus und dem Landratsamt aufgesteckt. Die Schutzpolizei leistete keinen Widerstand. Der Macher scheint der Kaufmann **Deers** in Aachen zu sein. Es ist noch ungewiß, ob die „Richtungen“ der Dorten, Matthes, Smeets usw. sich ihm anschließen werden, da jede dieser Gruppen oben kommen möchte. — Die „Verfassung“ des Herrn **Deers** erklärt einen Aufruf: Die Stunde der Freiheit haben wir geschlagen; Berlin habe Vankrott gemacht und die Rheinländer müssen sich selber helfen.

„Ueberraschung“ in Paris
Paris, 22. Okt. Das Amt im Auswärtigen Amt in Paris „völlig überrascht“. In Brüssel weiß man nicht, wer die Truppen der „Rheinischen Republik“ einberufen, uniformiert und bewaffnet hat. Es wird auch nicht erwähnt, daß die Bildung von Freiwilligentruppen im besetzten Gebiet nach dem Friedensvertrag verboten ist. Es wird nur erklärt, die belgischen Truppen haben nicht nötig gehabt, einzuschreiten.

Deers erklärte dem „Petit Parisien“, das Rheinland wolle ein neutrales Land werden wie Luxemburg. Koblenz werde die Hauptstadt sein. Dem Willen einer Bevölkerung von 15 Millionen (1) werden die anderen Völker Rechnung tragen müssen. Die „preussischen“ Mitglieder der Schutzpolizei werden aus dem Korps austreten. Die neue Regierung werde die Zeitungen vorläufig verbieten, bis die Zensur geordnet sei. Die Regierung werde den Belagerungsstatus verhängen. Die französische Behörde sei am Samstag verständigt worden.

Nach dem „Petit Parisien“ machten sich 250 Sonderbündler von Duisburg auf den Weg nach Aachen. Auf den Zwischenstationen stiegen immer mehr Genossen ein und mit den Verschwörern in Aachen sollen es schließlich 2500 Mann gewesen sein. Die blaue Fahne habe sofort die Wägen gesteckt. Zunächst sei an allen öffentlichen Aufschriften das Wort „preussisch“ entfernt worden. Die Beamten und Arbeiter seien die Sonderbündler sehr zahlreich unterstützt haben, nur die Telefonistinnen haben zum Widerspruch gestreift. In der Nacht zum Montag wurden **Gladbach, Trier und Düsseldorf** besetzt. Sehr komisch nach der Erklärung der Sonderbündler **Rhein und Wiesbaden** an die Reihe. **Wiesbaden** in Hessen ist am Montag besetzt worden.

In verschiedenen Städten scheint die Ueberrumpelung nicht geblüht zu sein, so in **Krefeld, Rhend, Gladbach**, wo die Polizei die öffentlichen Gebäude besetzt hält.

Am 20. Oktober soll in Brüssel eine Versammlung der rheinischen Unabhängigen stattfinden. In Paris ist man nicht über das Ereignis an sich überrascht, sondern darüber, daß es von **Aachen**, vom **Belgischen** Einflußgebiet ausgegangen ist.

Paris, 22. Okt. Die gut gegüllte Pariser Presse hat die Nachricht von der Ausrufung der „Rheinischen Republik“ mit Genugtuung aufgenommen, behauptet aber, Frankreich trage keinerlei Verantwortung an den Ereignissen. Es sei eine rein innere Angelegenheit Deutschlands, die den Zerfall des Reichs anzeige.

Nach dem „Newport Herald“ wird die französische Republik mit der amtlichen Anerkennung der neuen Republik warten, bis sie sich auf die tatsächliche Mehrheit der Bevölkerung stützen könne. Sogar Stimmen sei den Sonderbündlern freundlich gesinnt, weil die Berliner Verhältnisse unerträglich geworden seien.

Neue Nachrichten

Graf Kanitz Reichsernährungsminister

Berlin, 22. Okt. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete **Graf Kanitz** ist zum Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung berufen worden. Der Posten war bei der letzten Kabinettsumbildung unbesetzt geblieben. Graf Kanitz ist heute der Form halber aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten.

Klagen gegen die Reichsbahnverwaltung

Berlin, 22. Okt. Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des deutschen Kohlenbergbaus hat beim preussischen Staatsrat Klage, daß die Reichsbahnverwaltung fortgesetzt von England große Mengen Kohlen beschle, während die Halben der Bergwerke überfüllt seien und ungenügenden Absatz finden. Der Sachverständige **Geheimrat Klotz** er bestatigte auf Anfrage diese Mißstände. Ganz besonders wandte er sich gegen die Amtstätigkeit des Reichskohlenkommissars; eine solche Behörde würde in der Privatwirtschaft keine 24 Stunden bestehen können.

Die preussische Grundsteuer

Berlin, 22. Okt. Der Ständige Ausschuss des preussischen Landtags hat die Abgabe vom landwirtschaftlichen Grundbesitz auf 1,50 Goldmark vom Morgen (ein pr. Morgen gleich 25,50 A) herabgesetzt, während der Regierungsentwurf 2,80 Goldmark verlangt hatte. Der städtische Grundbesitz bezahlt 1,20 Goldmark.

Die „Rote Fahne“ wieder verboten

Berlin, 22. Okt. Die kommunistische „Rote Fahne“, die

seit Freitag wieder erscheinen durfte, ist heute wieder verboten worden, weil sie zur Bewaffnung der Arbeiter und zum Generalkrieg aufgefordert hatte. Die Betriebsräteversammlung für Brandenburg drohte in einer Entschlieung, die sozialistischen Minister aus dem Reichskabinett herauszunehmen, falls die Regierung der Partei nicht willfährig sei und von der Entsendung von Reichswehr nach Sachsen abstehe.

Die Kosten der Ruhrbesetzung

Essen, 22. Okt. Der französische Nachrichtenendienst berechnet die bisherigen Kosten der Ruhrbesetzung auf 320 Millionen französische Franken, wovon aber 200 Millionen auch erforderlich gewesen wären, wenn die Truppen in Frankreich geblieben wären. Dazu kommen die Kosten für die Zivil-Kommissionen. Die Eisenbahnverwaltung habe einen Fehlbetrag von 10 Millionen Franken. Durch Beschlagnahmungen deutschen Gelds habe die französische Besatzungsbehörde 50 Millionen Franken aufgedrückt.

Die Wahlen in Oesterreich

Wien, 22. Okt. Die gestrigen Wahlen zum Nationalrat verliefen, den bisherigen Meldungen zufolge, ruhig. Die Beteiligung betrug 80-90 Prozent. Nach den bisher vorliegenden Resultaten haben die Großdeutschen starke Einbuße an Stimmen erlitten, welche etwa zu gleichen Teilen den Christlich-Sozialen und den Sozialdemokraten zugute kommen. Wähler liegen die Ergebnisse aus 22 von 25 Wahlkreisen vor. Es sind gewählt: 73 Christlich-Soziale, 54 Sozialdemokraten, 8 Großdeutsche. Der Reststimmenzugang sind 4 Mandate vorbehalten. In den 7 Wiener Wahlkreisen verlor sich die Ergebnisse auf 17 Christlich-Soziale, 27 Sozialdemokraten und einen Großdeutschen.

Informationsbureau der Republik Columbien

Unter diesem Namen hat die Regierung von Columbien in Hamburg, Neuer Jungfernstieg 1, ein Bureau eröffnet, durch dessen Vermittlung die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Columbien gepflegt und erweitert werden sollen. Zu diesem Zwecke gibt das Informationsbureau ab 1. Januar 1924 eine monatlich erscheinende Zeitschrift „Columbia“ in deutsch-spanischer Sprache heraus. In dieser Zeitschrift werden in deutscher Sprache wertvolle Aufträge und Nachrichten über Handel, Industrie, Ackerbau, Befahrung u. s. w. in Columbien veröffentlicht, während der spanische Teil der Zeitschrift die für Columbien wichtigen Vorgänge und Verhältnisse in Deutschland behandelt. Die Auskunftsstelle des Informationsbureaus gibt deutschen Firmen und Personen sämtliche gewünschten Auskünfte über Columbien und columbianische Firmen und umgekehrt columbianischen Firmen jede Auskunft über Deutschland und deutsche Firmen. Mit der Leitung des Bureaus ist der Handelsattaché der columbianischen Botschaft in Berlin, **Rafael Herrán**, beauftragt.

Geldschatzanweisungen in Baden

Mannheim, 22. Okt. Auf der Wahlkreisversammlung der Sozialdemokratischen Partei hier teilte Staatspräsident **Remmele** mit, die badische Regierung habe die Ausgabe von Goldschatzanweisungen in Städten von 1, 3, 5 und 10 Dollar (zu 4,20 Goldmark) für Baden beschlossen. Die Staatsverwaltung löse die Scheine in Goldwährung zusätzlich 5 Prozent Zinsen, also den 4,20 Marktschein zu 4,90 und 2. Mai 1927 ab ein. Für diese Goldschuld habe das Land mit seinem Gesamtvermögen. Die Schuld samt Zinsen werde aus dem Halberlus des Landes in der am Fälligkeitstag geltenden Währung zurückgezahlt. Werden die Schatzscheine nicht binnen 5 Jahren nach dem Fälligkeitstag zur Einlösung vorgelegt, so sei der Anspruch auf Einlösung erloschen. Sobald die Erneuerung geborgen sei, werden die landwirtschaftlichen Verbände aufgefordert werden, die Schatzscheine fest zu übernehmen. Auch Goldpfennigscheine sollen ausgegeben werden wie bei der Rentenmark; Baden könne aber nicht solange warten, bis die Rentenmark ausgegeben werde und sich im Vertrauen der Bevölkerung festgelegt habe. Es gelte rasch den fürchterlichen Niedergang des Wirtschaftslebens aufzuhalten. — Nur gut, daß man immer sich an die geschmähte Landwirtschaft halten kann.

Ein Zwischenfall in Badnang

Von zuständigen Seite wird mitgeteilt:
Als am Samstag auf Veranlassung des Wehrkreis-Kommandeurs auch in Badnang einige kommunistische Agitatoren verhaftet worden waren, rotteten sich eine größere Anzahl von Arbeitern zusammen, um den Abtransport der Verhafteten zu verhindern. Die Betriebe wurden stillgelegt und die sich ansammelnde Menge nahm gegen die Polizeibeamten eine drohende Haltung ein. Schließlich gelang es, ohne daß es zu ernstlichen Zwischenfällen kam, die in Schußhaft genommenen mit dem Auto abzutransportieren. Eine Kompanie Reichswehr, die zufällig durch die Station Badnang fuhr und ausgeladen wurde, brauchte nicht mehr einzugreifen. Da die Lage zunächst als bedrohlich anzusehen war, wurde auch ein größeres Kommando staatlicher Schutzpolizei von Stuttgart mit Kraftwagen nach Badnang abgefordert. Bei seiner Ankunft war die Ruhe jedoch schon wieder hergestellt, so daß die alsbaldige Rückkehr erloschen konnte.

Auch in Heilbronn, Gmünd und anderen Städten wurden Kommunisten in Schußhaft genommen.

Württemberg

Stuttgart, 22. Okt. Zeltungsverbot. Die kommunistische „Südd. Arbeiterzeitung“ ist wegen Aufforderung zum Generalkrieg auf 14 Tage verboten worden.

Nürtingen, 22. Okt. Bürgerbund. Hier ist ein „Bürgerbund für Ruhe und Ordnung“ gegründet worden. Er will unser öffentliches Leben in geordnete Bahnen verweisen und im Notfall seinen Mitgliedern gegenseitig Schutz und Hilfe bereiten. Er setzt sich entschlossen ein zur Abwehr etwaiger Ausschreitungen und zur Erhaltung lebenswichtiger öffentlicher Betriebe wie auch des privaten Eigentums.

Steinheim, 22. Okt. Raub. In der Nacht wurden dem Bauern und Weinbändler **Friß Häußler** etwa 500 Liter

Weinmost aus seiner Bütte, die vor dem Hause stand, entwendet und vermutlich anderwärts untergebracht.

Heilbronn, 22. Okt. Immer nur praktisch. In Redargartach sollte eine kommunistische Versammlung abgehalten werden. Es erschienen aber nur drei Mann: der Redner, ein Herr aus Heilbronn — und der Anstifter, der keine Gebühr für das Ausschließen verlangte. Der Redner wandte sich mißmutig nach Überach. Unterwegs staltete er den Weinbergen der Armenbeschäftigungsanstalt „Redarath“ einen Besuch ab und begann, sich Weintrauben zu schneiden und sich daran zu laben. Die Weinbergwache wollte einschreiten, aber der Herr Redner rief ihm die drohenden Worte zu: Ach bin der Stadtrat K. von Heilbronn!

Heidenheim, 22. Okt. Was die Stadt alles leisten soll. Die Erwerbslosen der Stadt haben sich vor dem Rathaus versammelt und folgende Forderung eingereicht: Ausbezahlung einer Wirtschaftsbefehle von 30 Millionen pro Kopf, Lieferung von je 5 Zentner Kohlen und Kartoffeln. Lieferung verbilligter Brot und Fett, unentgeltliche Belieferung mit Milch. Der Stadtvorstand hat bei der Verwaltungsabteilung des Gemeinderats beantragt, die Erwerbslosen aus der Sammlung von Kartoffeln vorzugsweise zu berücksichtigen, ihre Schuldigkeit für Gas und elektrischen Strom zu stunden, ihre Kinder bis zum Alter von 1 Jahr in den Genuss verbilligter Milch einzubringen und ihre Forderungen an das Arbeitsministerium weiterzuleiten.

Oberkochen, 22. Okt. Kartoffeln gegen Holz. In den nächsten Tagen werden dank der Bemühungen der Gemeindeverwaltung von auswärtig 410 Zentner Kartoffeln hierher angeliefert im Tausch gegen Holz. Damit dürfte der größten Kartoffelnot geteuert sein. Durch die späte Kartoffelernte hat sich die Vollerzeugung verzögert. Anbezahlt wurden als erste Rate 70 Millionen; als zweite wird 1 Milliarde pro Zentner gefordert.

Altschau, 22. Okt. Vermählung. Am 24. Okt. findet die Vermählung des Herzogs Philipp Albrecht von Württemberg, des ältesten Sohns des Herzogs Albrecht, mit der Erzherzogin Helene von Oesterreich im Schloß Altschau statt. Aus diesem Anlaß hat Herzog Albrecht der Zentralleitung für Wohltätigkeit zu Gunsten der Kollidenden Württemberg die Summe von einhundert Millionen Mark überweisen lassen.

Herrenberg. In den Ruhestand wurde auf Wunsch verlegt Oberpostmeister **Reiz**.

Sitzung der Handelskammer Calw am 16. Oktober.

Aus der reichen Tagesordnung der Sitzung der Handelskammer seien wir folgende die Allgemeinheit interessierende Gegenstände heraus: Die Durchführung der zahllosen Besetze und Verordnungen, die Zuweisung großer Arbeitsgebiete an die Handelskammern hat es notwendig gemacht, einen Geschäftsführer im Hauptamt zu bestellen. Die endgültige Regelung der Anstellung bleibt einer weiteren Sitzung Ende des Jahres vorbehalten. Die Handelskammerungen müssen angesichts des völligen Zerfalls der Mark gleichfalls in Geldmark erhoben werden; mit dem Einzug der Umlagen wird demnach begonnen werden. — Die Besteuerung zusammen mit der rückständigen Art und Weise des Steuerertrags haben dazu geführt, daß die Besteuerungen in der Arbeitszeit und die Einstellungen ganzer Betriebe sich gehäuft haben. Besonders die Rhein-Ruhr-Abgabe hat die Finanzen vieler Betriebe erheblich geschädigt, insbesondere da die Erhebung zusammen mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang der letzten Monate. So ist es auch für viele Firmen geradezu unmöglich, die U. R. der Rhein-Ruhr-Abgabe zu bezahlen. Zum allermindesten muß erreicht werden, daß derartige Steuern dem Steuerpflichtigen wertlos abgeführt werden. Wenn auch beim Einzug der Gewerbesteuer durch die Bemühungen des Württ. Handelskammeramts eine wesentliche Erleichterung in den Schonfristern erreicht worden ist, muß auch heute noch gegen den ungerecht hohen Multiplikator protestiert werden, wie gegen die planlose Art der Vollauswertung. Die Finanzbehörde scheint vergessen zu haben, daß der Ertrag des Gewerbes fast überall zurückgegangen ist und die Steuerbeträge oft in schreiendem Mißverhältnis stehen zum dazugehörigen Ertrag des Gewerbes. Sehr deutliche Beschwerden wurden auch gegen die Finanzämter erhoben, die völlig ungenügende Lokalitäten für das wartende Publikum zur Verfügung stellen. Es wird als ein Unrecht und Mißhandlung empfunden, wenn der Steuerzahler teilweise im Korridor oder gar auf der Straße warten muß, bis er seine Steuern anbringen darf. — Die Preisstabilitätsverordnung im Kleinhandelsgewerbe wird allgemein als ein Mißgriff und als undurchführbar bezeichnet. Der Zweck der Verordnung, daß der Käufer vor hohen Preisen geschützt wird, wird nicht erreicht; im Gegenteil muß die Warenanzahlung auf Grund der Verordnung, wie jeder Deutsche einsehen muß, preissteigernd wirken. Der Kaufmann braucht zur Durchführung der Ansetzung unumgänglich viel Zeit; der Käufer wird noch mehr als sonst zum Spekulant beim Wareneinkauf; das Ministerium soll daher um Aufhebung der Verordnung ersucht werden. — Die Handelskammer hält die ganze Denkschrift der letzten Zeit für verfehlt, ist aber bei der Durchführung an die strengen Vorschriften gebunden. So kann die Handelskammer grundsätzlich nur Denkschriftenbeschreibungen an diejenigen handelsgerichtlichen eingetragenen Firmen erteilen, die nachweisen, daß sie in den letzten 3 Monaten regelmäßig Waren entweder direkt aus dem Ausland oder in unverändertem Zustand vom ersten Importeur gekauft haben. Eine dergleichen Befürwortung, daß die Genossenschaftsbanken, die durch die Verfügung des Devisenbüros ihren Charakter als Devisenbanken verloren haben, weiterhin Devisengeschäfte betreiben dürfen, ist schon an das Arbeitsministerium abgegeben. — Die von der deutschen Handelskammer in der Schweiz empfohlene deutsche Parlebensgenossenschaft in der Schweiz in Zürich wird den Mitgliedern als zuverläßig empfohlen. — Die Ueberbrück haben Eisenbahnfahrte werden bald das ganze Wirtschaftsleben in Süddeutschland erschöpfen. Die Gütertarife, die weit über Goldmarkpreis stehen, müssen unter allen Umständen durch Ausbesserung der Staafelung nach der Entfernung auch für das an Wasserstraßen arme Württemberg tragbar gemacht werden. Infolge der hohen Frachten besonders der Kohlen ist bald die württ. Industrie nicht einmal mit der mitteldeutschen mehr konkurrenzfähig. — Auch der erst in den letz-

ten Tagen e...
werden. Es...
kann liberal...
die Hälfte d...
das geschul...
ließe sich ob...
wolligen, w...
Der 5 Uhr-...
Belastung...
der allmähli...
Tarife. Et...
dagegen er...

U...

In einer...
Versammlung...
Landtagsabg...
und in den...
widergegebe...
Zeiten herbe...
weniger arb...
hundert w...
Die Folge d...
Reichsbank...
sterben. De...
eingeführt u...
Preissteigeru...
ischen Zübr...
aber diese...
sind, hüten...
Waffen der...
1918 Berp...
daß wir ein...
Ideologen...
Wätern glau...
st sie nicht...
bettern, d...
schäftigen...
Kann. In...
armen, son...
das Brot? ...
aber praktisch...
im Bunde...
Privatkapital...
eigenlich...
Weld? Der...
gehien bis...
aber nur...
Sachwerte...
uktion leid...
des Kapital...
deselben ge...
Kapital lie...
sehen müß...
Vorwurf, d...
und wies...
Die Steuern...
zum Ruin d...
Kann sie n...
ungerecht...
tigte und...
11 Arbeiter...
nird einfach...
ndz angep...
ja einer...
der dadurch...
ne allem...
wischen, d...
ihnem Arbe...
verbindet...
Das steht...

44)

Der So...
ihm auf d...
handeln...
für eine...
in ruhiger...
nen Dan...
der alte...
des Weib...
Sprichw...
den Wespe...
sine dazu...
schwärmte...
falls im...
Jahre tot...
gehört ober...
„Und die...
ter Spann...
„Eend...
kann, und...
war im...
beitalen...
ilte Stief...
heitaten...
müßig...
Kaffe, Stie...
auch ander...
um ihr...
beigehen...
Hochheim...
„Aber...
denn die...
trogen?“ ...
„Wie? ...
hatte sich...



ten Tagen eingeführte 5 Uhr-Schalterschluss bei den Postanstalten kann nicht widerspruchlos hingenommen werden. Es erscheint unbegreiflich, daß die Post behaupten kann liberalisiert zu sein, da doch der gesamte Postverkehr über die Hälfte des Friedensverkehrs zurückgegangen ist. Wäre das geschulte Personal am Schalter, wie vor dem Krieg, so ließe sich ohne Zweifel auch heute noch der Verkehr so bewältigen, wie es im Interesse des Publikums gelegen ist. Der 5 Uhr-Schalterschluss bedeutet jedenfalls wieder eine neue Belastung für Handel und Verkehr, doppelt bestrebtlich bei der allmählich ins Ungeheuerliche sich steigenden Höhe der Tarife. Ein scharfer Protest beim Reichspostminister soll dagegen erhoben werden.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 23. Oktober 1923.

Verammlung der Bürgerpartei.

In einer von der Bürgerpartei einberufenen gut besuchten Versammlung sprach am Sonntag abend im Traubensaal Herr Landtagsabg. Hiller über die Steuererhebung im Reich und in den Ländern. Seine Ausführungen mögen hier kurz wiedergegeben werden: Durch die Revolution sollten bessere Zeiten herbeigeführt werden. Man wollte besser leben und weniger arbeiten. Und das noch einem verlorenen Krieg! Handiert wurde diese „Wohlfahrt“ durch Papiergeldbrücken. Die Folge davon war, daß viele Volksgenossen um ihr ganzes Vermögen kamen, daß heute mehr als wir ahnen Hungers sterben. Der Dollar hier, vom Ausland konnte nichts mehr eingeführt werden: Knappheit der Lebensmittel und damit Preissteigerung. Die Versprechungen, die die sozialdemokratischen Führer machten, können sie niemals halten. Obwohl aber diese Führer vielleicht selber an dieser Einsicht gekommen sind, hielten sie sich doch, diese Einsicht auch unter die breiten Massen der Arbeiterschaft zu tragen. Wo ist das im Nov. 1918 Versprochen? Wo ist die Freiheit? Sieht doch jeder, daß wir ein Sklavenvolk sind. Wo ist der Friede? Nur Ideologen können an einen dauernden Frieden unter den Wölfen glauben, wo die Franzosen uns doch täglich beweisen, daß sie nicht nur den Weltgenossen stehen, sondern auch den Arbeitern, da ein Unternehmer ohne Werk keine Arbeiter beschäftigen kann und diese deshalb kein Brot verdienen können. Ja, die Franzosen wollen uns nicht nur alles nehmen, sondern uns dazu noch die Haut abziehen! Wo ist das Brot? Kommunismus ist in der Theorie etwas Schönes, aber praktisch undurchführbar, weil uns allen der Egoismus im Sinne steht. Das Beispiel Rußlands zeigt, daß es ohne Sozialkapital einfach nicht geht. Redner kam dann auf sein eigentliches Thema zu sprechen: Wie kommt der Staat zu Geld? Der Staat braucht Geld und wir müssen Steuern zahlen bis zum Schwarzwerden. Das wollen wir auch tun, aber nur bis zur Grenze des Möglichen. Es dürfen die Sachwerte nicht so sehr erfaßt werden, daß darunter die Produktion leidet. Ohne Kapital keine Produktion. Es ist falsch, das Kapital grundbesitzlich zu bekämpfen, nur die Auswüchse desselben gehören bekämpft. Es gibt zwar Leute, die das Kapital leidet in den Händen der Franzosen als in deutschen Händen. Der Redner wandte sich sodann gegen den Vorwurf, daß der Gewerbetreibende zu wenig Steuer zähle und wies die Vorwürfe an Hand von Beispielen zurück. Die Steuern, die wir jetzt bekommen haben, führen unbedingt zum Ruin der mittleren und kleineren Betriebe. Großbetriebe können sie noch ertragen. Diese Steuern sind aber auch ungerade. Ein Betrieb, der z. B. 1920 11 Arbeiter beschäftigte und heute nur noch 2, wird so veranlagt, als ob noch 11 Arbeiter beschäftigt wären! Der Ertrag eines Betriebs wird einfach angenommen und die Steuern dem Lebensmittelpreis angepaßt — eine weitere Ungerechtheit! Giltendung ist ja einer brutalen Steuerpolitik das Wort gegeben. Wenn wir dadurch Betriebe erdrosseln werden, so leiden darunter vor allem die Arbeiter. Der deutsche Arbeiter sollte endlich verstehen, daß ihn eine größere Interessengemeinschaft mit seinem Arbeitgeber als mit dem franz. und engl. Arbeiter verbindet. Die ausländischen Arbeiter pfeifen auf den deutschen. Das sieht man ja heute so klar als nur etwas. Die Erz-

bergische Zentralfaktion in Steuerfragen hat sich als ein großer Feind erwiesen; den Ländern und Gemeinden ist ihre frühere Selbständigkeit genommen und daher auch der Haug der Städte, auf den Gewerbetreibenden soziale Steuern abzuwälzen, als man braucht. Aus Sparen im Staat und in der Gemeinde will man aber nicht hin; man hat ja. Durch Ueberbesteuerung wird nichts besser gemacht nur durch Sparen. Solange man sich nicht im Staat genau so, wie man es im Haushalt tun muß, nach der Decke streckt, solange kann es nicht besser werden. Dabei hat es keinen Sinn, auf die Beamten zu schimpfen. Die sind nicht schuldig, die Reichs-gesetzgebung ist schuldig. Und damit ist das Volk mitschuldig. Will man eine andere Gesetzgebung, so muß man anders wählen. Den Spatz kann man sich heute nicht mehr leisten, daß man gern konservativ regiert sein möchte und dabei demokratisch wählt. In der Republik hat der Bürger die Gesetzgebung in der Hand. Wie kann es aber besser werden, solange Stamm gegen Stamm ist, solange sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber feindlich gegenübersehen? Wir müssen die Front nach außen legen und einsehen lernen, daß die Franzosen unsere Bedrücker sind, daß uns das amerikanische und das englische Großkapital auslacht. Erst dann wird es besser werden! — Nach Erledigung einiger kurzer Anfragen schloß der Vorsitzende Herr Verwalter Bauer die Versammlung.

Liebesgabenpende. Die Gemeinde Göttingen hat es sich trotz der Unannehmlichkeiten nicht nehmen lassen, die Kranken in der Versorg. Kuranstalt Walder-Ragold auch in diesem Jahre des öfteren in reichem Maße mit Liebesgaben zu versehen. Allen edlen Spendern für ihr treues Gedenken an die ehemaligen Krieger herzlichen Dank!

Ausfallende Züge. Wegen Verkehrsrückgang fallen die Vorzüge 1298-975 (H) Jorbach-Gausbach ab 5.55 Uhr, Karlsruhe an 7.49 Uhr abends, vom Sonntag, den 21. Okt. an aus.

Reichsgeld muß angenommen werden. Wiederholt sind Klagen laut geworden, daß deutsche Reichsgeldscheine, besonders in den unteren Werten, von Geschäften und auch von öffentlichen Kassen nicht in Zahlung genommen werden. Es sei daher darauf hingewiesen, daß nach dem Besch. jedes tauschfähige Reichsgeld angenommen werden muß. Zurückweisung ist strafbar.

Nichtig frankieren! Am 20. Oktober ist bekanntlich die neue Postgebührenordnung in Kraft getreten. Man merke: Postkarten im Dreiviertel 2, im Fernverkehr 4 Millionen, gewöhnliche Briefe 4 bzw. 10 Millionen, von 20 bis 100 Gr. 8 bzw. 14 Millionen. Fernverkehr: Postkarten 18, gewöhnliche Briefe 30, jede weitere 20 Gr. 15 Millionen Mark.

Zuckererzeugung. Wie wir hören, beabsichtigt die Reichszuckerstelle, vor Einstellung der Zuckerverwertung noch ein Pfund Zucker auf den Kopf zur Verteilung zu bringen. Die Zuckerverwertung soll vom Reichsministerium in Schlesien sichergestellt sein, sie würde aber durch die Eisenbahnschaffkosten so verteuert, daß der Handel sich scheut, sie aufzunehmen. Allerdings ist die Zuckereinfuhr vom Ausland inzwischen verboten worden. Würde vielleicht das Landesversorgungsausschuss Auskunft geben?

Die Reichszuckerstelle hat im Einverständnis mit der Regierung den Zuckerpreis auf 20 Millionen für den Jenner Reis Magdeburg erhöht. Die Fabrikations- und die Steuerzuschläge sind um das 10- bis 15fache gestiegen.

Eisenbahngeldscheine. Die Eisenbahngeldscheine Stuttgart gibt außer den Guldscheinen zu 1 und 5 Millionen weitere Scheine zu 50 Millionen, 1 Milliarde und 20 Milliarden aus. Ferner gibt das Reichsverkehrsministerium Rotgeldscheine zu 1, 2, 5, 10, 20, 50 und 100 Millionen Mark aus. Diese Scheine werden an allen Eisenbahn- und Poststellen in Zahlung genommen. Es liegt im öffentlichen Interesse, daß sie auch von den übrigen öffentlichen Kassen, von Banken und Geschäften angenommen werden.

Jeden Tag ein neuer Bierpreis. Die württ. Brauereien haben den Preis für das Bier Iprozentiges Lagerbier im Jahr auf 960 Millionen Mark erhöht. Mindestpreis für ein 0,3 Literglas 450 Millionen.

Der neue Erzeugerpreis für die Zeit vom Mittwoch, den 24. bis Freitag, den 26. Oktober einschließlich beträgt in Württemberg für 1 Liter Feinschliff frei Sammelstelle 200 Millionen Mark.

Wie verlautet, sollen Ende dieses Monats alle Zwangsverordnungen für Reich in Württemberg fallen. **Personenposten.** Vom 23. Oktober an werden die Fahrpreise bei den Kraftposten auf 30, bei den Pferdposten auf 25 Millionen Mark für den Kilometer erhöht.

Täglich kann auf den „Gesellschafter“ abonniert werden.

Sport

- Badisch-württembergische Bezirksliga**
1. FK Pforzheim — Freiburger FK 1:1
Stuttgarter Sportklub — Phönix Karlsruhe 1:0
- Bezirk Bayern**
SpVgg Fürth — Nürnberg FK 0:0; 1. FK Nürnberg — Bayern-München 6:0; Schwaben — MTV Fürth 0:4
- Kreisliga**
VfB 1 — VfL 1 9:1; SpV Eintracht Stuttgart — SpV Kellmaringen 2:1, Eden 0:4; SpV Schlangen — Sportfreunde Stuttgart 2:0; SpVgg Cannstatt — Pfell Gaisburg 0:2; Normannia Gmünd — Öppingen 1:0; Union Bödingen — Germania Pforzheim; Weisingen 1:4; TSV Heilbronn — TSV Pforzheim 5:7; Karlsruhe FK — Germania Durlach 3:3.
- A-Klasse**
MTV 1 — Athletik-Sport-Vgg. Völklingen 1 3:0.
- Privatspiel**
VfR Heilbronn 1 — Kickers Würzburg 1 1:1
- Sonntags**
MTV 1 — Turnvereinsliga Stuttgart 1 0:2
- Hockey**
VfR Heilbronn 1 — Hockeyklub Heilbronn 1 0:3

Allerlei

Zeppelin dienst zwischen Sevilla und Buenos Aires. Zwischen Sevilla und Buenos Aires soll binnen Jahresfrist ein 70-Stunden-Zeppelindienst über das Atlantische Meer eingeführt werden. General Primo de Rivera genehmigte das Abkommen. Die Zeppeline werden in vier Tagen fünf Tonne Post und anderes Gut nach Buenos Aires befördern. Spanien beschloß, das Unternehmen gänzlich zu unterstützen, die argentinische und später vielleicht auch andere südamerikanische Regierungen dürften sich beteiligen. Drei Zeppeline von 100 bis 135 Kubikmeter Raumgehalt werden den Dienst unterhalten. Die Zeppeline können auch 20 Reisende befördern. — Der Pariser „Matin“ sieht darin natürlich einen Versuch Deutschlands, sich die Vorherrschaft in der Luft zu sichern.

Naturfestschick. Im Jagdrevier „Hubertus“ bei Leutkirch hat Christian Rogg von Engerathhofen auf der letzten Treibjagd eine Rehkeiß mit starkem, vollständigem normalem Speichergewebe erlegt. Das Geweih hat sehr starke Rosen, normale Rosenstöcke, ist ziemlich weit gestellt und stark gesperlt. Die Rehkeiß hatte zwei Rippe in der Tracht und führte auch den Sommer über eine Kuh.

Kostenlose Beerdigung. Der Gemeinderat in Lugau im sächsischen Erzgebirge beschloß, in der Gemeinde die kostenlose Totenbestattung einzuführen.

Ein Dampfer verbrannt. Der Dampfer „Ferrara“ auf der Fahrt von Kalkutta nach Europa auf offener See verbrannt. Die ganze Besatzung ist umgekommen. Das Schiff hatte eine große Ladung Opium an Bord.

Das Jubiläum der kalifornischen Goldsande. Sacramento, die in der Nähe der Minenbezirke gelegene Hauptstadt des Staats Kalifornien, rüstet sich, das Jubiläum der Entdeckung des Golds in diesem Gebiet durch eine feierliche Veranstaltung zu begehen. An der Stelle der im Jahr 1839 von dem Schweizer gegründeten Kolonie New-Helvetia, wo heute Sacramento liegt, wurden am 27. Oktober 1848 die ersten Goldsande gemacht, denen Kalifornien sein rasches Aufblühen zu danken hat. An dem denkwürdigen Tag will man zum Gedächtnis des Ereignisses eine Treibjagd auf

Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Levin Schäding.

Der Schlehnhäuser besah den Kronstaler, den Wilderich vor ihm auf den Tisch legte, und sagte kopfnickend: „Nun ja, gut handeln ist schon mit Euch, das seh ich. Ihr gebt zwei Gulden für eine Weisheit, die jeder Stammgast — beim Abendessen in ruhigeren Zeiten, heißt das, Euch umsonst gäbe. Nun, schönen Dank dafür, und was die Geschichte angeht, so ist sie die: der alte Schöff war eben schon ein alter Schöff, als er ein junges Weib nahm, das eine recht süße Frucht sein muß, nach dem Sprichwort von den Früchten, woran die Wespen nagen. Unter den Wespen mein ich die Franzosen, die vor Jahren, unter Casine dasmal, nach Frankfurt kamen und bald ein und aus schwärmten beim Schöff. Eine erwachsene Tochter war ebenfalls im Hause, von der ersten Frau her, die schon lange, lange Jahre tot sein muß, denn ich habe niemals etwas von ihr gehört oder gesehen...“

„Und diese Tochter heißt Benedicte?“ fiel Wilderich in größter Spannung ein.
„Benedicte — ich denke so, obwohl ich nicht darauf schwören kann, und es auch nichts zur Sache tut — also eine Tochter war im Hause und von der sagte man, daß sie einen Franzosen heiraten werde; das muß ihr nun wohl die junge Frau Schöff, ihre Stiefmutter, die keinen von diesen lauberen Franzosen mehr heiraten konnte, weil sie schon den alten Schöff hatte, bitter mißgünstig und beneidet haben, denn sie lebten wie Hund und Koth, Stiefmutter und Stieftochter, sagt man. Und wie hätt's auch anders sein können, da die Stieftochter von der Mutter um ihr ganzes Erbe betrogen war; denn der Schöff, im Vorbeigehen gesagt, ist ein feinschmecker Mann, seine Weinberge bei Hochheim bringen ihm ein Jahr ins andere gerechnet...“
„Aber ich hätt' Euch,“ unterbrach ihn Wilderich, „wo hatte denn die Stiefmutter die Tochter um ihr ganzes Erbe betrogen?“
„Wie? Nun das ist doch zu begreifen. Die Stiefmutter hatte sich gepulvert, ein Kind zu bekommen, und dies Kind war

eine derber, und wie die böse Welt wissen wollte, dem alten Schöff nicht im geringsten ähnlich lebender Junge; und da das meiste von dem alten Mannes Gut Leingut, oder wie man es nennt, so erbte nun halt der Tochter, die früher alles zu bekommen glaubte, alles dieses Kind, dieser Junge, dieser Weisheitskind, und ihr könnt es der Demoiselle Benedicte oder wie sie heißen mag, wahlisch nicht übernehmen, wenn sie dem letzten Felderlein zehnmal im Tage den Tod an den Hals wünschte. Na, den Tod hat sie ihm vielleicht ja nicht angetan, aber so was man nennt um die Erde gebracht, hat sie ihn doch, denn eines schönen Morgens sind sie beide verschunden gewesen, beide Kinder des guten Herrn Schöff — die Demoiselle samt dem jungen Erben — auf und davon auf Kimmerriedersehen — das heißt, wiedersehen wird man die Demoiselle schon, und das sobald der alte Mann gestorben ist; Demoiselle Benedicte wird dann schon sich präsentieren, um das Erbe in Empfang zu nehmen, und wird ja auf der Leute Fragen, wo der Junge hingelommen und was sie damit gemacht hat, auch schon ihre Antwort parat haben — es ist seit dem Tage, wo sie mit ihm durchgegangen ist, Wasser genug durch den Main geflossen, daß sie sich auf eine genügende Antwort hat vorbereiten können!“
„Ah!“ rief Wilderich aus, „und das alles ist wahr, Ihr glaubt, daß es wahr sei, Ihr glaubt, die Tochter des Schöffens habe aus Heiligkeit und um des Erbes willen, das sie früher als das übrige betrachtete darfte, ihren Stiefbruder entführt, vielleicht sogar...“

„Ob ich's glaube? Von meinem Glauben ist nicht die Rede — ich erzähl' Euch nur, was sich die Stammgäste hinter dem Schoppen im Hinterbüble darüber erzählen.“

„Und erzählt sich diese auch, ob und wie der General Davignon mit alledem und mit der Familie des Schöffens zusammenhängt?“

„Mit der Familie?“ antwortete hochhaft lächelnd der Schlehnhäuser. „Nun freilich meinen sie, daß der Davignon, seit er vor Jahren zuerst ins Haus einquartiert ist, damit in Zusammenhang gekommen und insbesondere auch, daß er damit zusammenhängt, daß der Schöff überhaupt mit keiner zweiten

Frau, so was man nennt, Familie hat! Aber,“ fuhr er fort eisfroh auf, „ich will des Penters sein, wenn ich da nicht die Stimme der Falkenwirtin im Hofe höre — Gott sei's mit bei, es wird mir übel ergehen, daß ich hier — ja, ja, ich komme schon — daß ich hier so lange die Stadtbef bei Euch gemacht habe.“ In der Tat ertönte der Ruf: „Jakob, Jakob!“ von einer freiziehenden Frauenstimme ausgehoben, in diesem Augenblick vom Hofe her bis in die Dachkammer des Hausnechts, und dieser war ausgesprungen und hatte bereits den Arm nach der Türschwelle ausgestreckt, als Wilderich ihn zurückhielt: „Nur noch eine...“ wußt Ihr, wer ein Mann sein kann, dessen Name die Anfangsbuchstaben G. de B. hat?“

„Nichts weiß ich — nichts davon,“ rief der Hausnecht, dem Falken nach ohne nur recht auf die Frage zu hören, aus und rennte davon.

Wilderich hatte sich erhoben und starrte ihm nach. Er war kaum Hug geworden aus diesem wirren, unzusammenhängenden Bericht, aus dieser Menge erschreckender Tatsachen, die über ihn in so kurzen Worten ausgeschüttet waren; und jetzt stand er und fühlte noch die ganze Wucht des Schlages, den ihm die direkte Anschuldigung verfehlt hatte, welche gegen Benedicte in dieser Erzählung gelegen — die Anschuldigung eines ganz unerbörten und abscheulichen Verbrechens, das sie begangen haben sollte und das durchaus abscheulich und völlig empörend war, weil es aus den niedrigsten Motiven hervorgegangen sein sollte, aus bösem Hohn und aus gemeiner Habgucht! Das aber gerade — das war es auch, was Wilderich bald erleichtert und dann freier und freier wieder aufatmen ließ; was ihn bald sich selber Vorwürfe machen ließ, so erschrocken zusammengefahren zu sein bei einer solchen Anklage, die, das fühlte er in tiefer Seele, nur törichte Bosheit oder die auf eine lächerliche Kombination von zufälligen Umständen hin blind urteilende Dummheit erheben konnte — gegen sie, gegen Benedicte, die, je mehr sie sich selber vor ihm anklagt, und je mehr andere sie vor ihm anklagen, nur desto reiner und edler, nur desto mehr jeder Aufopferung würdig vor seiner Seele stand! (Fortsetzung folgt.)

Bären im großen Stil veranlassen. Der Jagd soll ein Festmahl folgen, auf dem das Fleisch der erlegten Bären aufgetragen wird, die nach dem Verfahren der alten Zeit auf dem Grund einer in die Erde gegrabenen Höhle auf dem Roß gebraten werden.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 22. Okt. 40,1 Milliarden (20,03 Mill.). Höchster Stand des Dollars in Berlin 45, in Frankfurt 60 und 50, des engl. Pfunds 210—190 Milliarden.

Der Wert von einer Milliarde Mark in Pfennigen am 18. Okt. in Holland 26, Belgien 131, Norwegen 60, Dänemark 54, Schweden 26, Italien 150, London 29, Newyork 63, Paris 113, Schweiz 38, Spanien 50.

Geldankaufspreis der Reichsbank am 20. Okt. 55 050 240 000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück.

Die Reichsbankermünzen werden von der Reichsbank ab 22. Okt. bis auf weiteres zum milliardenfachen des Nennwerts angekauft, also jeweils Mark, so viel Milliarden.

In der Berliner Wertpapier-Börse kam es am 22. Okt. zu tiefen Steigerungen. Man konnte es nicht anders nennen als eine wilde Flucht vor der Mark.

Am Geldmarkt wurden bis 20 Prozent für tägliches Geld gefordert und gegeben.

Die Salzsteuer wurde ab 22. Okt. auf 3 Millionen (2 210 000) für das Kg. Kleingewicht erhöht.

Spirituspreis. Der Preis der Spiritusmonopolverwaltung hat den Verkaufspreis für Spiritus von 40 auf 60 Goldpfennig für das Liter erhöht; der Verkaufspreis bleibt unverändert 6 Goldmark. Die Preise für Spiritus zur Herstellung von Parfümerien und Essig, und für Heilweine, sind den Brennereipreisen entsprechend erhöht worden.

Die Kammer-Kirch-H.-G. für Edelbranntweine in Karlsruhe, eine Tochtergründung der Deutschen Edelbranntweinstelle in Karlsruhe, hinter der bekanntlich die badische, württembergische und bayerische Landwirtschaftskammer, sowie die Deutschen Klein- und Obstbrennereiverbände stehen, gibt zurzeit ihre Aktien heraus.

Der Superphosphatpreis beträgt ab 18. d. M. für ein Kilogramm wasserlöslichen Phosphorsäure 1 213 532 000 Mark. Merkwaren, Lebensmittel 833millionenfache, Großhandel 1093millionenfache, Inlandwaren 1000millionenfache, Industriestoffe 1570millionenfache, Einfuhrwaren 1323millionenfache, Geldumschlag für Steuern (Kandabgabe usw.) 936 (20. bis 23.).

Stuttgarter Börse, 22. Okt. Die angebene Festschheit des Devisenmarktes hat sich auf die Wertpapierbörse nur zum Teil

übertragen. Die unsichere politische Lage und die Devisennotlage haben der Börse Veranlassung zur Zurückhaltung. Man war recht lastlos und ließ sich durch die von auswärts eingetroffenen höheren Kursmeldungen wenig beeinflussen. Auf dem Markt der Festverzinslichen prägte sich wieder große Festigkeit aus. Dollarkursanhebungen des Deutschen Reichs waren selbst bei einem wesentlich höheren Kurs als die Devisen Newyork, bei 50 Milliarden nicht erheblich, Reichsgoldanleihe 35 Milliarden Geld rationiert. Bankaktien: Hypothekbank 10 000 (8000), Rotenbank 20 000 (50 000), Vereinsbank 11 500 (9000), Brauereierwerke: Ravensburg 6500 (6000), Ehlinger 25 000 (10 000), Kettensieder 35 000 (20 000), Pfauen 25 000 (12 000), Hohenzollern 35 000 (25 000), Walle 25 000 (20 000), Metallaktien: Feinmechanik 125 000 (100 000), Jungbans 30 000 (19 000), Andreas Koch 90 000 (43 000), Metallwaren 180 000 (80 000), Maschinenwerke: Dalmier 11 000 (7500), Ragnus 12 000 (8000), Ehlingen 21 000 (17 000), Hesser 17 000 (10 000), Weingarten 50 000 (21 000), Redarjumer 21 000 (12 000), Langheimer 150 000, Spinnereiaktien: Erlangen 50 000 (30 000), Unterhausen 100 000 (70 000), Bietigheim 80 000 (50 000), Rottern 100 000 (100 000), Kolb-Schäpe 40 000 (18 000), Pterle 60 000 (30 000), Tiz 60 000 (40 000), Ehlingen 130 000 (80 000), Kaffan 100 000 (50 000), Leinwandstoffe 120 000 (50 000). Uebrigere Werte: Lullin 100 000, Bremen-Weißheimer Del 110 000 (80 000), Math. Hohner 210 000 (110 000), Heidelberger Zement 30 000, Ehr. Weiser 5000 (3200), Kamtag 7000 (5000), Verlagsanstalt 26 000 (25 000), Kaiser Otto 20 000 (15 000), Knorr 20 000 (15 000), Kraftwerk Altmühlentberg 40 000 (25 000), Konigsen Goldbrand 12 000 (6000), Otto Kramm 20 000 (9000), Köln-Rottweil 65 000 (34 000), Salzwirk Heilbronn 400 000 (200 000), Sekt Wachenheim 35 000 (20 000), Stuttgarter Wäckermaße 35 000 (17 000), Spitzgeschüt 100 000 (50 000), Stuttgarter Vereinsbuchdruckerei 3500 (2500), Mannheimer Del 35 000 (25 000), Transport 7000 (3000), Ziegelwerke Ludwigsburg 30 000 (12 000), Union Deutsche Verlagsgesellschaft 18 000 (9000), Stuttgarter Zucker 55 000 (18 000), Württ. Vereinsbank.

Berliner Getreidepreise am 22. Okt. in Milliarden Mark: Weizen 74—76, Roggen 68—70, Gerste 60—63, Hafer 55—56, Weizenmehl 200—220, Roggenmehl 195—210, Weizenkleie 31, Roggenkleie 32—35, Raps 100—120.

Stuttgarter, 22. Okt. Landesproduktionsbörse. Die Vorgänge auf dem Devisenmarkt haben eine ungeheure Preissteigerung am Getreide- und Weizenmarkt hervorgerufen; Abschlüsse kamen heute nicht zustande. Preisnotierungen sind unmöglich.

Märkte

Meerzenheim, 22. Okt. Der Schafmarkt war mit 350

Lämmern, Jährlingen und Schafen besetzt. Die Preise bewegten sich im allgemeinen zwischen 60 und 80 Milliarden für ein Paar der Höchstpreis war 8 Zentner Weizen. Man hört allgemein, daß die Preise künftig nur in Goldmark oder nach dem Weizenpreis genannt werden sollen. — Auf dem Schweinemarkt bewegten sich die Preise von 16—25 Milliarden für das Paar.

Heidenheim, 22. Okt. Kein Schafmarkt. Die Abhaltung des am 31. Oktober in Heidenheim fälligen Schafmarktes ist aus politischen Gründen verboten worden.

Eggingen, 22. Okt. Der Schweinemarkt war besetzt mit 224 Milchschweinen und 34 Käfern. Verkauft wurden 180 Milchschweine das Paar zu 13—18 Milliarden, 14 Käfer, das Paar zu 28—36 Milliarden Mark.

Wett der Stadt, 20. Okt. Durchschnittspreis 200 Milliarden der Zentner, Quantum schließt allgemein zurück.

Eggingen, 18. Okt. Ein heute gefälliger Kauf erreichte hier den Höchstpreis mit 150 Milliarden Mark der Zentner.

Unterjesingen, 17. Okt. Die Reste der noch vorhandenen Hopfenbestände werden vollends eifrig gesucht und 130—150 Milliarden bezahlt.

Leitman, 17. Okt. Der Erkauf von Hopfen ging heute ruhig vor sich zu Preisen von 140—170 Milliarden.

Devisenkurse

Berlin	19. Oktober		22. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	466300000	4691700000	15561000000	15639000000
Belgien	614460000	617540000	2034000000	2045100000
Norwegen	7845375000	7854025000	6144600000	6175400000
Dänemark	2086770000	2097230000	6922600000	6977400000
Schweden	3136140000	31518 0000	10478750000	10528250000
Italien	5388500000	5513500000	17895150000	1798450000
London	53885000000	54135000000	179550000000	180450000000
Newyork	113700000000	123930000000	399000000000	401000000000
Paris	712315000	715285000	2342130000	2353820000
Schweiz	2134250000	2145350000	7112170000	7147825000
Spanien	1607970000	1616630000	5340600000	5373400000
D.-Oester.	167580	168420	564585	567413
Prag	355500000	357291000	1185030000	1192970000
Ungarn	66825	671675	2194500	2205500
Argentin.	3870300000	3886700000	1276800000	1282900000
K Tokio	575500000	5814500000	1955100000	1964000000

Reichsgoldbankleiter: 10 (5,6) Milliarden.

Das Wetter

Eine starke Störung ist von Westen nach Süddeutschland vorgedrungen. Der Hochdruck ist nach Süden abgezogen. Am Mittwoch und Donnerstag ist meist trübes, vielstündiges und etwas kühleres Wetter zu erwarten.

Ämtliche Bekanntmachung.

Kaminsegergebühren.

Die Gebühren der Kaminseger werden mit Wirkung vom 19. Oktober 1923 ab bis auf Weiteres auf das 183 Millionenfache der Festsetzung vom 1. Juli 1919 (Staatsanz. Nr. 249 vom Jahre 1921) bestimmt. Umsatzsteuer darf noch besonders angerechnet werden. Nagold, den 22. Oktober 1923.

904 Oberamt: Müng.

Die Nachzahlungen für III. Oktoberviertel sind den Gehaltsempfängern am 19. und 20. 10. überliefert worden.

903 Staatsrentamt Hirjan.

Emmingen.

Am Donnerstag, den 25. Oktober 1923, abends 5 Uhr kommen auf dem Rathaus aus Abt. XI des Gemeindevorstandes ca. 42 Jm.



Langholz

Im Submissionsweg zum Verkauf.
2. Klasse 10,17 Pfim.
3. " 17,59 "
4. " 11,18 "
5. " 3,06 "

Bedingungen werden auf dem Rathaus am Verkauf bekannt gegeben.

Gemeinderat.

1586

HAMBURG-AMERIKA LINIE
NORD-, ZENTR., L- UND SÜD-AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Doppel- und Reserveraum. Erstklassige Salons u. Kajütenabteile.
Ebenfalls schnelle Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK
Anschlüsse und Durchfahrten durch HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
Nagold: Friedrich Schmid.

Emmingen.

Wahlvorschlag zur Schultheißenwahl.

Wähler und Wählerinnen!

Wollt Ihr einen Mann als Ortsvorsteher, der erfahren und charakterfest ist und in jeder Hinsicht das Wohl der Gemeinde zu wahren versteht, so gebt Eure Stimme am Sonntag den 28. d. Mts.

Fritz Huber

Schreinermeister.
Im Sinne vieler Wähler.

Landwirte! Gewerbetreibende! Kaufleute!

Mit entsprechenden Geld- und Gefängnisstrafen wird bestraft, wer Anzeigen über seine Geldgeschäfte unterläßt.

Der richtige Weg für alle Steuerpflichtigen

ist die Einführung des

Organisations-Steuerbuchs fürs Finanzamt.

Amtlich anerkannt. Eingeführt u. empfohlen.

Umsatz-, Einkommen-, Inventurabschluß ohne Buchführung.

Vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Druckarbeiten

für Behörden
Industrie, Gewerbe
Handel, Vereine und Private

liefert rasch und in moderner, geschmackvoller Ausführung die

G. W. Zaiser'sche Buchdruckerei
Nagold.

Worlock, Nagold

zahlt für Hauslumpen das Kilo bis 100 000 000 Mark.

Komme nächster Tage nach Nagold und kaufe Gegenstände aus

Gold und Silber, alte Schmucksachen und alte Gebisse.

Adresse: Angabe unter E. Wolf, Edelmetalle, Pforsheim, an die Geschäftsstelle erbeten.

Heute Dienstag

gibt die Seilkünstlertruppe Eraber noch eine und zwar ihre

letzte Vorstellung.

Anfang präzis 1/8 Uhr.

Hierzu ladet höflich ein

die Direktion.

Geht an jeden...
Der Reichs...
In Orie...
Ein in Ber...
Die Kunst d...
30 Jahren ein...
Lebenserf...
Es zu hoher...
Künsten (für...
die Bismarck...
Deutschland. U...
Boge unseres u...
rät jene posit...
dorf man unter...
aufstands nicht...
über man möge...
den bayerischen...
ten, auch einm...
hören, die nicht...
paganda hängt...
Daß die G...
Streit zwischen...
den bayerische...
wird zugegeben...
sch zu machen...
Bogachter? Ge...
verleiten? Ge...
Eure des Chef...
Seccit, die d...
herr v. Kahr...
Chefredakteur...
Ausgaben, das...
rationale Best...
sch genügt? G...
wen müßten...
den bayerische...
Minstreit un...
sch keine Verf...
sein und W...
der „privaten...
sch v. Kressen...
war verhängni...
von Rürnberg...
Ingenieur abf...
herren. D. Sch...
Wißheit verbro...
Möglich. Ka...
sch? Diese zu...
hände eben die...
in schwer. M...
hätten endlich...
Anmut weiter...
Deutschland)...
vort der „Be...
wäre. Der j...
hler Seite au...
gedanken keine...
bedeutet, will...
ber dann mög...
Sündigkeit. Die...
herabdrücken...
Sündigkeitssinn...
woll vorläufig...
heil löme nach...
Und noch e...
Müller-Reinin...
Das bayerische...
Schichtlichen un...
herken demokr...
linien konse...
die Liebe des...
Man hat der b...
in aus Wist...
die bayerische...
folge war no...
gegen die Be...
Verhältnis geg...
Lage, in der...
neuen inneren...
lands wäre bi...
Wünschen, muß...
Sonn wird e...
eigenen Stam...